

Jobtickets zählen zu den attraktivsten Angeboten für Nutzende des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und unterstützen mit ihrer Anreizwirkung die Mobilitätswende. Das von der Stadt Halle angebotene Jobticket nutzten Ende 2021 bereits 200 städtische Mitarbeitende ([VII/2021/03475](#)). Das im April in den Verkauf gehende „Deutschlandticket“ soll auch als stark vergünstigtes Jobticket nutzbar sein. Sofern Arbeitgebende mindestens 25 % der Kosten tragen, soll es zusätzlich einen fünfprozentigen Preisnachlass geben. Somit könnten sie ihren Angestellten das Deutschlandticket zum Preis von rund 34 Euro anbieten. So ließe sich mit verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand ein großer Anreiz für eine stärkere ÖPNV-Nutzung nicht nur für den Arbeitsweg schaffen. Einzelne Kommunen haben bereits angekündigt, als Maßnahme zur Personalerhaltung und -gewinnung sowie aus verkehrspolitischen Motiven die Kosten vollständig zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wie viele Angestellte der Stadtverwaltung haben 2022 durchschnittlich das Jobticket genutzt?
2. Welche Erkenntnisse hat die Stadtverwaltung zu den bisherigen Auswirkungen der Einführung der Möglichkeit des Fahrradleasings (sogenanntes Job- oder Dienstrad) auf die Nutzung des Jobtickets?
3. In welcher Höhe beteiligt sich die Stadt Halle am Preis des Jobtickets?
  - a. Wie hoch war 2022 der Gesamtaufwand für die Finanzierung des Jobtickets?
  - b. Wie hoch ist der von der HAVAG in diesem Zusammenhang gewährte Preisnachlass?
4. Plant die Stadtverwaltung ihren Angestellten auch das „Deutschlandticket“ als Jobticket mit den oben genannten Vergünstigungen anzubieten? Wenn nein, warum nicht?
5. Erwartet die Stadtverwaltung Einsparungen beim Jobticket durch den günstigeren Preis des Deutschlandtickets? Wenn ja, wie groß werden diese schätzungsweise sein? Wenn nein, warum nicht?

gez. Tom Wolter  
Fraktionsvorsitzender